

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	61. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	20. Mai 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

9.

**Punkt 8 der Tagesordnung: Änderung der Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen
Vorlage: 2014/0583**

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die Neufassung der "Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Kinderkrippen", in der die folgenden Neuregelungen rückwirkend zum 01.01.2014 aufgenommen werden sollen:

1. Reduzierung der geförderten Ausbildungsplätze auf insgesamt 100 Auszubildende der praxisorientierten Erzieherinnen- und Erzieherausbildung (PIA) inklusive der Auszubildenden der Fachrichtung Jugend- und Heimerziehung (FJH) pro Jahrgang ab 01.09.2015 ohne Anrechnung der PIA/FJH auf den förderfähigen Stellenschlüssel.
2. Erhöhung der förderfähigen Stellenschlüssel für Gruppen mit verlängerter Öffnungszeit (32,5 Stunden wöchentliche Betreuungszeit).
3. Erhöhung der Förderung von betreuten Spielgruppen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 8 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Jugendhilfeausschuss.

Stadtrat Dr. Leschinger (GRÜNE): Wir stimmen dieser Richtlinie zu. Ich wollte noch drei kurze Anmerkungen vorweg geben.

Zum einen begrüßen wir in der aktuellen Vorlage diesen Kompromiss auf 100 geförderte PIA-Stellen. Ich wollte nur noch einmal betonen, dass es uns wichtig ist, falls sich in Zukunft zeigt, dass der Bedarf an diesen PIA-Ausbildungsplätzen deutlich steigt, man

auch bereit ist, eventuell die geförderte Zahl wieder zu erhöhen. Da wurde uns vom zuständigen Dezernat schon Entgegenkommen signalisiert.

Dann wollte ich noch kurz ansprechen, dass nach der Beratung im Jugendhilfeausschuss die Träger der Kindertagesstätten, die integrativ tätig sind, noch einmal auf uns zugekommen sind. Sie haben noch einmal den hohen Finanzbedarf dieser Inklusion in den Kitas betont und fordern eine Anpassung der Pauschalen für pädagogische Hilfen an die Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst. Das ist sicherlich ein sinnvoller Ansatz. Deshalb wollen wir empfehlen, dass man das bei den künftigen Haushaltsberatungen eventuell wieder aufgreift.

Drittens fordern die Träger, dass in den integrativen Gruppen der Fachkräfteschlüssel für jedes Kind mit Behinderung um 0,1 Stellen erhöht wird. In der aktuellen Richtlinie stehen 0,2 Stellen, sobald zwei Kinder mit Förderungsbedarf, also zwei behinderte Kinder, in einer Gruppe sind. Auch das scheint uns relativ logisch. Jedes Kind mit Behinderung hat einen gewissen Förderungsbedarf. Deshalb wollen wir auch anregen, dass man bei der nächsten Überarbeitung der Richtlinie - sie wird mit Sicherheit irgendwann wieder überarbeitet - eventuell darauf zurückkommt.

(Beifall bei den Grünen)

Der Vorsitzende: Ich habe Sie jetzt so verstanden, dass wir das in die nächste Überarbeitung zu den Haushaltsberatungen mit aufnehmen.

Stadträtin Melchien (SPD): Auch die SPD-Fraktion wird dieser Vorlage zustimmen.

Noch einige Worte zur praxisintegrierten Erzieherinnen- und Erzieherausbildung. Das Votum des Jugendhilfeausschusses wurde berücksichtigt. Es wird keine Anrechnung auf den Stellenschlüssel vorgeschlagen. Wir finden das richtig und wichtig, gerade weil wir bei der Art der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung noch am Anfang stehen. Das zeigen auch die Zahlen. Deshalb tragen wir auch heute diese realistischere Anzahl an Stellen mit, allerdings verbunden mit dem ausdrücklichen Verweis auf die Zusage der Verwaltung aus jenem Jugendhilfeausschuss, dass, wenn sich der Bedarf zeigt, eine entsprechende Ausweitung auch gemeinsam angestrebt wird.

Zur Richtlinie insgesamt bleibt festzuhalten, dass wir hier viel Geld investieren. Meine Fraktion findet es an der Stelle wirklich gut aufgehoben. Den Ausführungen meines Kollegen auf weitere Änderungen stehen wir selbstverständlich offen gegenüber. Unser Ziel ist es, dauerhaft eine gute Förderung in Karlsruhe sicherzustellen. In diesem Zusammenhang gilt unser besonderer Dank, auch mit Blick auf TOP 9 und TOP 10 der Tagesordnung, der Verwaltung, dank deren großer Anstrengung wir heute auch positiv Bilanz ziehen sollen. Nichtsdestotrotz hat der nächste Gemeinderat hier weiter viel zu tun, um den tatsächlichen Bedarf an Betreuung auch wirklich zu decken.

(Beifall bei der SPD)

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Auch die CDU-Fraktion trägt die Vorlage heute mit. Wobei wir gerade beim Punkt 1 - die Kollegen haben es schon angesprochen - das

nicht unbedingt auf 100 Plätze hätten begrenzen müssen. Wir werden im Endeffekt schon hier einen Strich ziehen, wenn der erste Ausbildungsdurchlauf fertig ist. Das ist aus unserer Sicht zu früh. Das hatte ich auch schon in der vorletzten Jugendhilfeausschusssitzung angesprochen. Insofern bin ich jetzt dankbar für die Wortmeldung der Kollegen, die auch gesagt haben, dass wir kurzfristig und schnell reagieren, wenn sich der Bedarf zeigt, dass wir wieder mehr Plätze brauchen.

Uns ist als Fraktion wichtig - das ist hiermit auch erreicht -, dass der Konsens wieder hergestellt ist mit den Träger, weil wir in der Stadt diesen außergewöhnlichen Trägermix haben. Insofern war es auch die logische Konsequenz, dass wir das erst heute beraten und beschließen und es von der letzten Sitzung genommen haben, um mit den Trägern eine Einigung zu erzielen.

(Beifall bei der CDU)

Stadträtin Döring (KAL): Eigentlich ist im Jugendhilfeausschuss, der öffentlich war, schon alles angemerkt und diskutiert worden, was jetzt gesagt wurde. Ich möchte nur anmerken, dass der Wunsch auf Erweiterung, auf Flexibilität dieser 100 Stellen als erstes von der Karlsruher Liste eingebracht wurde. - Das noch einmal zur Klarstellung.

Ich finde es auch schön, dass der Jugendhilfeausschuss es geschafft hat, in der vorherigen Sitzung nein zu sagen zu der Vorlage und dass die Verwaltung dann von sich aus gesagt hat: Dann packen wir noch 50 % drauf und haben dann 100 Stellen. Unserem Wunsch entsprechend hat die Verwaltung zugesagt, flexibel zu reagieren, wenn es mehr werden.

(Beifall bei der KAL)

Der Vorsitzende: Ich glaube, die wesentliche Veränderung war, dass man die Anrechnung wieder herausnimmt. Das Thema wird uns sicher noch eine Weile begleiten.

Bürgermeister Lenz: Ein grundsätzliches Wort in dieser letzten Gemeinderatssitzung in dieser Zusammensetzung. Was Sie geschaffen haben und mitgeschaffen haben, ist vor allem die Erfüllung des Rechtsanspruchs. Schauen Sie einmal, in welcher Gelassenheit wir heute sind. Ich bin jetzt einmal ein bisschen locker an der Stelle. Wir haben nicht nur die 35 % erreicht, wir haben heute eine Vorlage, die schon die 50 %-Marke angeht. Da sehen Sie, wie kraftvoll wir weiter fortfahren.

Herr Stadtrat Dr. Leschinger, es ist gute Kultur - Herr Seekircher leitet diese Runde -, dass diese trägerübergreifende Arbeitsgruppe genau solche Anträge und Impulse aufnimmt. Das ist in den Richtlinien heute auch wieder der Fall. Insofern nehmen wir Ihre Anregung natürlich gerne mit.

Frau Stadträtin Melchien, Sie haben es angedeutet: Für alles, was die Kinderbetreuung angeht, ist in dieser Amtszeit in ihrer jetzt zu Ende gehenden Legislatur Gewaltiges geschaffen worden. Das darf ich heute noch einmal besonders unterstreichen.

Frau Stadträtin Meier-Augenstein, wir waren bereit, als erste Stadt im Endausbau 5 Mio. € für die praxisintegrierte Ausbildung in die Hand zu nehmen. Jetzt sagen wir aber als Verwaltung, wir müssen es dann schon anpassen dürfen, weil Haushaltsreste entstehen, wenn die Praxisstellen - wie es jetzt der Fall war - nicht voll besetzt werden können, und das in siebenstelliger Höhe. Da bitte ich einfach um Verständnis. Natürlich gilt unser Wort, gilt mein Wort: Sollten es mehr als 100 Stellen werden, werden wir das überplanmäßig und flexibel handhaben, möge es so kommen. Aber da der Ausbau jetzt reduzierter voranschreitet - da folgen wir unserem Leiter der Sozial- und Jugendbehörde, Herrn Seekircher, dann schon - können wir durch Fachkräftesicherung doch hoffen, dass sich dieses Thema lösen lässt, so wie wir einiges gemeinsam angepackt haben mit den Trägern, sei es privat, seien es die freien Träger, sei es der politische Raum. In diesem Sinne herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: Dann können wir zur Abstimmung kommen. Ich bitte um das Kartenzeichen. Das ist eine einstimmige Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
10. Juni 2014